

Hohe Festcorona, sehr verehrte Farben-, Kartell- und Bundesbrüder!

Die **Landesvaterzeremonie** stammt aus dem 17. Jahrhundert, wurde bewiesenermaßen bereits im Jahre 1679 durchgeführt und war wie wir alle wissen ursprünglich ein Gelöbnis der Ergebenheit zu den Herrschern und Fürsten des Landes.

Später erst in den studentischen Verbindungen diente es zugleich auch als ein Gelöbnis unserer Freundschaft und Loyalität zum Bund. Dies demonstrieren wir auf diese Weise noch heute und jeder von uns bekräftigt so zugleich auch seine persönlichen Freundschaften. Diese couleurstudentische Bedeutung gegenüber dem Bund scheint heutzutage offenkundiger und zugänglicher für uns zu sein, mag uns allerhöchstens noch der Name „Landesvater“ an den Ursprung erinnern. Damit scheint sich auf den ersten Blick innerhalb der Verbindungen die zentrale Bedeutung verschoben zu haben.

Aber ist dem wirklich so? Wie steht es in der gegenwärtigen Zeit mit der ursprünglichen Bedeutung der Landesvaterzeremonie in unseren Reihen? **Wie steht es denn mit dem Gelöbnis unserer Ergebenheit zu unseren Landesherren?**

Von „Ergebenheit“ im Sinne des 17. Jahrhunderts gegenüber den Landesherren kann heute ohnehin nicht mehr die Rede sein. Dass sich die Rahmenbedingungen der Landesväter grundlegend seit dieser Zeit verändert haben steht auch nicht zur Diskussion. Auch wenn das anscheinend immer noch nicht jeder Landesvater so richtig begriffen zu haben scheint:

*"Man bekommt nicht alles, was man möchte. Eine Diktatur wäre viel einfacher."*

Herr Bush scheint vergessen zu haben, dass in einer stabilen Demokratie im Gegensatz zu früheren Zeiten alle Macht vom Volke ausgeht was sicherlich das Regieren der Landesväter nicht einfach macht, aber Herr Bush hält sich ja auch sonst an nicht viele Regeln.

Aber das nur am Rande. Wenn wir uns in einer Demokratie nach der Ergebenheit gegenüber unserer Landesväter fragen, so müssen wir unser Verhältnis nicht zu einem einzigen Landesvater betrachten, sondern vielmehr zu unseren gesamten Politikern.

Politiker und Volk – Beide scheinen sich immer weiter voneinander zu entfernen. Meist werden die Landesväter der heutigen Zeit nicht mehr geliebt sondern für ihre Politik gehasst. Bei Umfragen schneiden unsere Politiker schlecht ab:

- Mit dem Funktionieren der Demokratie in unserem Land sind nur zwei Drittel der Deutschen zufrieden, in den neuen Bundesländern sogar nur etwas mehr als die Hälfte.
- Auch das Vertrauen in das Parlament ist erschütternd. Dass die Parteien sich darum kümmern, was die Bürger denken und wollen, bescheinigen ihnen nur 18 Prozent der Deutschen.
- Diese schlechte Beurteilung der Demokratie, der Parlamente und der Parteien macht nicht Halt vor den Politikern: Dass ihre Abgeordneten wissen, was die Bürger denken, davon gehen in Deutschland nur ein Fünftel der Bevölkerung aus.
- Auch das Urteil der Bürger über die politische und rechtliche Integrität der deutschen Politiker ist alles andere als schmeichelhaft. Dass heutzutage Korruption und die Annahme von Schmier- und Bestechungsgeldern unter Politikern sehr weit verbreitet sei meinen 40 Prozent der Deutschen.

Bei all diesen Zahlen macht seit einem Jahrzehnt ein Schlagwort die Runde: Partei-, Politik- und auch Politikerverdrossenheit. Die Begriffe haben als Zusammenfassung verschiedenster negativer Haltungen gegenüber "der Politik" Konjunktur. Die Gründe hierfür sind aber vielfältig, sei es aufgrund von Distanz, aus genereller Ablehnung oder aber schlicht und einfach aus mangelndem Interesse bis hin zu völligem Desinteresse an politischen Entwicklungen. *Wolfgang Thierse* hat aber recht mit der Aussage, dass "Politikverdrossenheit", wenn sie unbestimmt gehandhabt wird, in der Tat wie ein "*medialer Müllimer*" erscheinen kann. Im Kern stehen jedoch Unzufriedenheit mit, sowie Misstrauen gegenüber Politikern, insbesondere in den neuen Bundesländern.

Im Glauben, dass es für die eigenen Lebensverhältnisse völlig unwichtig sei, welche Parteien und Politiker gewählt würden, weil man als Einzelner keinerlei Einfluss auf Politische Entscheidungen besitze und sich „ohnehin nichts ändern“ werde wenden sich immer mehr Bürger von der Politik ab. Dieses weit verbreitete Misstrauen gegen die „politische Klasse“, mündet nur allzu oft in Wahlenthaltung als Protest gegen die mangelnde Trennschärfe der Parteien und in ein immer geringer werdendes Vertrauen vieler Bürger in das gesamte politische System, das viele Menschen in erster Linie durch Skandale gekennzeichnet sehen.

Seither geht bei allen Wahlen ein Schreckgespenst um im deutschen Parteiensystem. Die Volksparteien fürchten die Konkurrenz einer übermächtigen neuen Partei – der Partei der politikverdrossenen Nichtwähler. Der Wahlboykott im Saarland führte beispielsweise bereits dazu, dass mehr Menschen nicht wählten als ihr Kreuz bei der CDU oder SPD zu machen! (Man muss dazu sagen, dass das nicht unbedingt zu sehr beunruhigend sein muss, denn noch keine Demokratie (Schweiz, USA) ist an einer niedrigen Beteiligung gescheitert.)

Wahlen sind in der Demokratie die einzige unverzichtbare Partizipationsform, da nur sie den Wettbewerb zwischen den politischen Parteien und ihren Programmen gewährleisten. Wenn Demokratie bedeutet, dass alle Macht vom Volk ausgeht, dann ist die politische Teilnahme und Teilhabe eine Grundvoraussetzung für die politische Mitsprache und zwar nicht die einiger weniger sondern möglichst vieler. Deshalb ist für uns schon seit jeher Wahlrecht gleichbedeutend mit Wahlpflicht. Wir drücken damit schon einmal grundlegend unsere Treue zum demokratischen Grundverständnis unseres Landes aus.

Die Wahlbeteiligung steigt allgemein auch mit Bildung, Berufsstatus und Einkommen. Nicht wählen zu gehen ist außerdem traditionell ein Abstimmungsverhalten, mit dem die untersten sozialen Schichten sich selbst von der Mitentscheidung ausschließen und ihre gesellschaftlichen Marginalisierung vorantreiben.

Die andere gefürchtete Gruppe der Politikverdrossenen sind die Protestwähler. Parteienforscher gehen davon aus, dass sich dieser Trend weg von den Volksparteien bei den noch folgenden Landtagswahlen bestätigen wird. Was letztlich droht, wäre eine fundamentale Veränderung der Parteienlandschaft.

Die Bindekraft der großen Parteien scheint dramatisch nachzulassen. Der Kreis der Stammwähler wird immer kleiner. Der Wähler wird immer flexibler und unberechenbarer. Alle politischen Parteien haben mit einer deutlichen Abnahme der Mitgliederzahlen, mit Überalterung und mit großen Problemen der Mobilisierung ihrer Anhänger zu kämpfen. Die Gründe dafür sind hier wiederum vielfältig. Aber man kann feststellen, dass durch gemeinsame Reformprojekte wie beispielsweise Hartz IV, um nur ein Beispiel zu nennen, sich die großen Parteien stillschweigend immer mehr und mehr zu einer Art „großen Koalition“ vereinigt und sich in den Augen vieler Wähler austauschbar gemacht haben. Die Unterschiede in den Positionen jedenfalls sind meist nur noch marginal was für einen wenig interessierten Bürger nicht mehr zu unterscheiden ist. Die Unzufriedenheit mit und die scheinbar fehlenden Alternativen zu den etablierten Parteien machen sich die Protestparteien wie NPD und PDS zu Nutze. Sie bieten mit ähnlichen Parolen den Totalprotest. Für die Volksparteien wird damit die hohe Anzahl der Nicht- und Protestwähler zum unkalkulierbaren Risiko.

Natürlich bezahlen die großen Parteien für Hartz IV, Zukunftsangst, Sozialumbau und "Gürtel enger schnallen". Aber viel mehr verlieren sie durch den Verlust an Nähe zu ihren eigenen Wählern. Wenn es nur PDS und Rechtsradikalen überlassen bleibt, die notwendigen Umbrüche dieser Zeit zu erklären (ohne jedoch selbst realisierbare Alternativen bieten zu können), Betroffene zu betreuen und politische Emotionen zu schaffen, dann wird aus Protest eine gefährliche Bindung. Zum verständlichen Erklären gehört allerdings auch politische Konsequenz innerhalb dieser großen Parteien. Wer hinter einer Sache steht, kann sich nicht gleichzeitig von ihr entfernen.

Auch wenn eine „große Koalition“ immer ungern gesehen wird von den Politikern der großen Koalition, weil sie vermeintlich nur die kleinen radikalen Parteien die Wähler in die Arme treibt, nicht gerade das was unser Land in Wirklichkeit braucht? Nämlich eine gemeinsame Kraftanstrengung über parteipolitische Grenzen hinweg ohne Fraktionsscheuklappen, um

Deutschland wieder voranzutreiben nach jahrelangem Stellungskrieg zwischen Regierung und Opposition in Bundestag und Bundesrat und daraus resultierendem Stillstand und Reformstau. Wenn bei unpopulären aber richtungweisenden Entscheidungen immer nur auf die nächste Wahl geschielt wird und wichtige Schritte nicht gegangen werden immer nur unter der Angst vom Wähler bei der nächsten Wahl abgestraft zu werden, wird Deutschland nie weiterkommen. Politiker müssen sich immer daran erinnern, dass sie einen Eid geleistet haben, zum Wohle des deutschen Volkes zu dienen.

*"Demokratie ist im Grunde die Anerkennung, dass wir, sozial genommen, alle füreinander verantwortlich sind." Heinrich Mann*

Wir wissen über all diese Hintergründe bescheid und deswegen haben politische Rattenfänger bei uns keine Chance. Wir alle müssen an einem Strang ziehen und dürfen uns bei aller Pluralität der Meinungen nicht nur in Meinungsverschiedenheiten aufreiben.

Über Fehlverhalten und offensichtliche Fehlleistungen (Stichwort: Mautdabakel) von Politikern möchte ich an dieser Stelle gar nicht reden; Sie tragen ohne Zweifel mit zum negativen Urteil und zum Vertrauensverlust der Bürger bei. Politikverdrossenheit und die Unzufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie aber allein nur den Politikern ursächlich zuzuschreiben, wäre falsch. So argumentieren Politikwissenschaftler nämlich, dass nicht nur unsere Politiker die Schwachstelle unseres Gemeinwesens seien, sondern eben auch die lückenhaften Wissensbestände sowie Vorurteile gegenüber Politikern, die dann dazu führen, dass radikale Parteien überhaupt erst auf Stimmenfang gehen können. Mangelnde Bereitschaft sich mit Politik auseinanderzusetzen und eine fehlende Kenntnis der Arbeit der Politiker auf Seiten der Bürger haben einen nicht unwichtigen Anteil an (Fehl-)Urteilen über die Politik und ihre Akteure. Eine stärkere Öffentlichkeitsarbeit der Politik könnte einen Beitrag leisten, ungerechtfertigte Urteile zu vermeiden.

*Das beste Argument gegen die Demokratie ist ein fünfminütiges Gespräch mit dem durchschnittlichen Wähler." Winston Churchill*

Was dahinter steckt lehrt uns Walther Rathenau:

*"Demokratie ist Volksherrschaft nur in den Händen eines politischen Volkes, in den Händen eines unerzogenen und unpolitischen Volkes ist sie Vereinsmeierei und kleinbürgerlicher Stammtischkram."*

*"Die Demokratie setzt die Vernunft im Volk voraus, die sie erst hervorbringen muss!" Karl Jaspers*

Doch wer von der breiten Masse kommt denn über das durchschnittliche Bild-Leserniveau hinaus? Wer betrachtet Nachrichten aus aller Welt einmal kritisch und lässt sich nicht einfach mit den Meldungen berieseln. Wer hinterfragt Handlungen und Aussagen und forscht nach Ursachen und Hintergründen? Wer ist denn bereit auch mal seine ganz persönlichen Interessen hinten an zu stellen, wenn es dem Gemeinwohl dient?

Die wichtigste Informationsquelle für die breite Bevölkerung sind die Massenmedien. Durch deren rasante Veränderung hin zu Infotainment, Enthüllungsjournalismus und Skandalberichterstattung wird die politische Realität allerdings für die meisten Bürger nicht mehr nachvollziehbar und umfassend vermittelt. Auch die von den Medien geförderte und mittlerweile von den Parteien aufgenommene Personalisierung der Politik entspricht laut Umfragen gar nicht der Erwartungshaltung der meisten Bürger.

Es gibt verschiedene Denkschulen: Manche Autoren halten Skandalberichterstattung für funktional, weil sie die gesellschaftlichen Werte in Erinnerung rufen und ihre Geltung bekräftigen, andere halten sie für dysfunktional, weil sie Politik zur Schaupolitik reduzieren, die Bevölkerung abstupfen und Ressentiments gegen Politik wenn schon nicht erzeugen, so doch verstärken. Unbezweifelt wird aber ein messbarer Zusammenhang zwischen medialer Skandalberichterstattung und Politikverdrossenheit. Sie schaukeln sich nämlich auf. Doch genau hier ist der viel zitierte so genannte mündige Bürger gefragt, der sich aus vielen Informationsquellen und Blickwinkeln ein Gesamtbild zeichnen kann.

Aber auch der Zeitgeist trägt zur Entwicklung der vergangenen Jahre bei: Die starke Verlagerung von „Pflichtwerten“ hin zu „Selbstentfaltungswerten“, die Individualisierung des Menschen und die Pluralisierung der Lebensstile und verstärkte „Kosten-Nutzen-Orientierung“ („Dienstleistungsmentalität“) tragen einen großen Teil zum Gesamtbild bei. Die Pflege einer Mitgliedschaft wird zunehmend zu einer Seltenheit. Meist sind diese von einem zeitlich begrenzten Engagement gekennzeichnet und dienen in erster Linie dazu eigene Interessen durchzusetzen. Dieser Trend geht auch an unseren Verbindungen leider nicht vorüber und wir können ihn auch nicht aufhalten, aber wir können uns ihm zumindest widersetzen. Dagegen setzen wir mit der Landesvaterzeremonie ein mehr als deutliches Zeichen!

Sozialwissenschaftliche Untersuchungen weisen auch einen deutlichen Zusammenhang zwischen politischem Interesse und der gesellschaftlichen Integration in soziale Netzwerke in Form von Mitgliedschaften in Vereinigungen nach. Je mehr und je engeren Kontakt ein Bürger zu anderen Menschen hat, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass ein politisches Interesse geweckt wird, vorhanden ist oder verstärkt wird. Dieser nachweisbare Zusammenhang zwischen gesellschaftlicher Integration und Bereitschaft zur politischen Partizipation, gibt uns die Antwort schließlich auf die eingangs gestellte Frage.

Wir Verbindungen treten den Entwicklungen wie Politikverdrossenheit entschlossen entgegen. Unsere Mitgliedschaft in dem sozialen Netzwerk „Verbindung“ erzieht uns zu eben solchen geforderten mündigen und unabhängigen Bürgern und je mehr wir uns integrieren und umso mehr wir Kontakte zu unseren Bundes-, Kartell- und Farbenbrüdern pflegen, desto mehr werden wir zu gefestigten Persönlichkeiten. Und damit ist auch gleichzeitig eine Verbindung zwischen den beiden Bedeutungen des Landesvaters geknüpft. Beide Bedeutungen stehen weder getrennt voneinander, noch schließen sie sich gegenseitig aus, sondern bedingen sich gegenseitig. Ergebenheit gegenüber den Landesvater meint in der heutigen Zeit nicht Hörigkeit und schon gar nicht Gehorsam sondern ein stetes Interesse an politischen Entwicklungen und eine aktive und lebendige Teilnahme daran.

Wenn wir also mit der Landesvaterzeremonie fortfahren, so können wir unser Gelöbnis mit der vollen Überzeugung aussprechen, dass wir dies sowohl im Sinne und zum Wohle unseres Bundes als auch unseres Landes tun.

*"Eine gute Rede soll das Thema erschöpfen, nicht die Zuhörer."*

Mit diesem erneuerten Zitat von Churchill möchte ich meine Worte beenden und rufe Euch allen zu:  
Ein vivat crescat floreat allen anwesenden Bünden und unserem Vaterland!

© Bonsai